

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 7

Artikel: Der Nationalsozialismus in Deutschland
Autor: Wyss, Hans Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Nationalsozialismus in Deutschland.

Von Hans Alfred Wß, Zürich.

I. Die Entwicklung.

Am 25. Februar 1920 fand der offizielle Gründungsakt der nationalsozialistischen Arbeiterpartei statt, den eine Rede Hitlers krönte. Ihr eigentlicher Begründer war Gottfried Feder, der wirtschaftliche Theoretiker, aber Hitler, das 7. Mitglied der jungen deutschen Arbeiterpartei, wurde im Nu ihr erfolgreicher Redner, Organisator und Führer. Seit dem mißglückten Versuch eines gewaltsamen Umsturzes 1923 in München ging die Stärkekurve in Schwankungen auf und ab. Die Mainwahlen 1924 fielen für die nationalsozialistische Freiheitspartei, die damals noch mit den Deutsch-Völkischen zusammenarbeitete, noch günstig aus, aber die Dezemberwahlen von 1924 brachten bei der Wiederherstellung gefestigter wirtschaftlicher Verhältnisse einen fürchterlichen Stimmensturz von einer Million. Bei den Reichstagswahlen 1928 verbandte sie es nur dem Proporz, daß sie sich mit zwölf Mandaten behaupten konnte. Ohne die Berechnung von Reststimmen wären den Nationalsozialisten damals nur zwei Mandate zugekommen. Dann erreichten sie dank der schwankenden Haltung der Bürgerlichen in Thüringen maßgebenden Einfluß in der Regierung, und gelangten in Sachsen zu einer Bedeutung, daß der Landtag von ihnen abhängt. In den jetzigen Reichstagswahlen erlebten sie den noch nie dagewesenen Triumph einer Verneunfachung ihrer Abgeordneten, ein Hinaufschneiden von 12 auf 107 Mandate. Hitler selber rechnete in der Wahlzeit nur mit 50—60 Sitzen. Dieser erdrückende Sieg des Radikalismus erklärt sich nur durch die allgemeine moralische Depression, die wirtschaftliche Not des Einzelnen und die politische Hilflosigkeit im Ganzen. Die Furcht, vor allem im Mittelstand, völlig zu verarmen und deklassiert zu werden, die Hoffnung auf Sauberkeit und spätere nationale Renaissance des politischen und wirtschaftlichen Lebens, sind die Ursachen, daß heute von den aktiven 30 Millionen 11 Millionen der deutschen Wählerschaft in den radikalen Lagern stehen, und wo diese Erregung sich am tiefsten bohrte, bildete sich der Gewalthaufen der nationalsozialistischen Partei. Arbeitslose, Erbitterte, mit sich und des Landes Schicksal Unzufriedene, Schiffbrüchige in ihrer Hoffnung oder ihrem Vermögen, die nach der nächsten, festen Planke greifen, — das sind jene, die hier Heil und bessere Zukunft suchen. Es ist im Ganzen eine Partei der Armen, Verarmten und Enterbten, in der schlackenloser Idealismus mit dem Willen zur Gewalttätigkeit zusammengeht. Und weil die Einzelentscheidungen aus den verschiedensten psychischen Motiven fielen, finden sich im Nationalsozialismus, abgesehen von dunklen

Geldgebern, die sozial heterogensten Leute zusammen: die breite Schicht des ehemaligen Bürgertums, kleine Gewerbetreibende, Handwerker, Arbeiter, ehemalige Offiziere, Arbeitnehmer, Angestellte, Bauern, Wehrverbände und vor allem die proletarische und akademische Jugend. Der Prozentsatz bedeutender Intellektueller ist vorläufig sehr bescheiden, — ein Zeichen des Parteiursprunges. Wenn aber von den 10 Millionen Nichtwählern 1928 diesmal 7 Millionen zur Urne gingen und mehr als die Hälfte davon nationalsozialistisch stimmten, so ist dies ein beweiskräftiges Indiz, daß der Nationalsozialismus den Anfang einer echten Volksbewegung bezeichnet.

Den bisherigen Nichtwählern verdankt Hitler die Phantastik seines Sieges.

II. Die historische Situation.

Es ist nicht gleichgültig, ob man den Nationalsozialismus gesondert, wie es meist geschieht, oder im Zusammenhang mit den übrigen Parteien betrachtet. Nur mit Hilfe des zweiten Verfahrens ist es möglich, seine historische Situation und darin die tieferen Gründe seines Erfolges zu erkennen. Natürlich könnte man den Charakter des Nationalsozialismus auch an Hand des offiziellen Parteiprogrammes ableiten. Aber eine solche Untersuchung würde ein falsches Bild entwerfen. Vorausgesetzt, daß man sich nicht in den unscharfen, sehr ausdeutbaren Formulierungen des Programmes fängt, so gelangt man bestenfalls zur Klärung der populären und wenig entwickelten nationalsozialistischen Ideologie. Dies theoretische Ergebnis vermöchte nicht die gegenwärtige Funktion und die praktische Bedeutung zu vermitteln, die diesem Parteikörper in der politischen Gesamtentwicklung zukommt. Der lebendige Charakter einer Partei und das Programm verhalten sich wie faßbare Gegenwart und ungewisse Zukunft. Programme bestehen aus Anhäufungen verlockender Versprechen. Hier, so wenig wie bei den andern Parteien kann der geschichtliche Wert nach diesen Wunschbildern gemessen werden. Die wahre Eigenart des Nationalsozialismus ergründet sich einzig im Vergleich mit den geschichtlichen Leistungen der andern Parteien. Sofern indes interne Vorgänge der letzten Zeit zur Abklärung von Programmartikeln beitrugen, sind die einzelnen Punkte im III. Abschnitt besprochen.

Der Charakter jeder Partei ist heute normiert durch ihr Verhältnis zu Staat und Wirtschaft, anders ausgedrückt durch die Auffassung von der Natur des Staates, der Regierungsform und den Persönlichkeitsrechten und weiter durch die Auffassung von der Art der Wirtschaft, der Wirtschaftsorganisation und den Rechten und Pflichten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Dabei fällt zunächst auf, daß alle die drei politischen Gruppen: Konservative, Demokraten und Sozialdemokraten (das Zentrum fällt wegen seiner konfessionellen Struktur aus dem Blickfeld weg), die in der Entstehungszeit des Nationalsozialismus für das politische Schicksal Deutschlands entscheidend waren, eine einseitig festgelegte Politik trieben, eine Politik, die es nicht verstand, ihre Beziehungen nach beiden Seiten, sowohl zum Staat als auch zur Wirtschaft, positiv auszubauen. Diese

langedauernde Unfähigkeit, mit beiden Komplexen ein fruchtbares Verhältnis einzugehen, ist in den Prinzipien der Parteien begründet.

Die Konservativen waren von ihrer Entstehung an mit vollendeter Einseitigkeit nur auf die monarchische Autorität des christlichen Staates bedacht, die Wirtschaft wurde nur in Zollfragen und in der Landwirtschaft, gewissermaßen der konservativen Privatdomäne, betreut; die industrielle Wirtschaft mochte ihren eigenen Weg gehen. Nicht einmal mit den christlichen Gewerkschaften wollten sie eine Gemeinsamkeit.

Das Aufkommen der Sozialdemokratischen Partei, einer Partei auf rein ökonomischer Grundlage, verfolgten sie mit verständnisloser Feindseligkeit. Typisch war Bismarcks Sozialistengesetz. Der alte Schlag der Konservativen hat sich auch heute nicht gewandelt. Hugenburgs Feldgeschrei gegen den marxistischen Sozialismus zeugt von der alten konservativ-traditionalistischen Blindheit. Ein Mann dieser Art mutet in den heutigen Verhältnissen wirklichkeitsfremd an.

Das Lebensgesetz der liberal-bürgerlichen Parteien ist der Individualismus, der behauptet, daß die Menschen gleich sind von Natur aus und verlangt, daß bei gleichen Rechten die persönliche Freiheit des Einzelnen möglichst wenig vom Staat eingeschränkt wird, daher auch die wirtschaftliche Freiheit absolut gewährleistet sein soll. Aber in den 80er Jahren gliederten die Liberalen, wendiger als die Konservativen, ihrem grundsätzlichen Streit um die Grundrechte eine dem Wesen des liberalen Gedankens nicht ursprüngliche Sozialpolitik an. Sie hat sich besonders verstärkt, nachdem die Weimarer Verfassung die kühnsten liberalen Wünsche bezüglich politische Rechte und Freiheiten des Bürgers erfüllt hat. Nur muß man sich darüber klar sein, daß die Sozialpolitik keine ursprüngliche Forderung des Bürgertums war, sondern teils nachträglich empfundenes, ethisches Bedürfnis, teils taktische Anpassung an veränderte Bedingungen. Man sah ein, daß das Prinzip des schrankenlosen Wirtschaftsindividualismus die sozial Schwachen und Arbeitsunfähigen vernichtete. Mit der Sozialgesetzgebung ließ man den Staat Buße tun für die Sünden des rücksichtslosen Individualismus, eine Buße, die die Sozialdemokratische Partei duldet, aber nicht für voll nimmt.

Die Bürgerwelt hatte sich zur Verteidigung der Rechtslage des Einzelnen zu Parteien zusammengeschlossen; das Resultat dieser politischen Kämpfe war das individualistische 19. Jahrhundert. Die Arbeiter dagegen formierten sich in Auflehnung gegen die allgemeine wirtschaftliche Ausbeutung in einer zur Wahrung des Klassenrechtes bestimmten Partei und eröffneten das Zeitalter der Wirtschaftskämpfe, die Zeit des Kollektivismus. Die Sozialdemokratie sieht im Staat nur eine besondere wirtschaftliche Machtordnung. Das geistige Prinzip Staat, für jeden Konservativen selbstverständlich, für einen Liberalen möglich, wenn er nicht gerade auf Rousseaus Gesellschaftsvertragslehre eingeschworen ist, existiert für ihn überhaupt nicht, denn die materialistische Geschichtsauffassung lehrt, daß „alles Ideelle nur ein im Kopf umgesetztes Materielle“ sei. Politische Rechte, der Kampf um die Macht im Staat, sind der Sozialdemokratischen Partei

also an sich nur Mittel zum Zweck, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu ihren Gunsten zu normieren.

Nun nahm aber die Sozialdemokratie nach dem Umsturz von 1918 politisch eine Schwenkung vor, die der von den liberalen Parteien in den 80er Jahren vollzogenen wirtschaftlichen entsprach und zu der sich die traditionsstarren Konservativen noch immer nicht durchringen konnten: Sie gab ihre Opposition gegen den Staat auf und bekannte sich im Görlitzer Programm zu positiver staatlicher Mitarbeit, allerdings nur unter dem Hinweis, daß es „ihr“ Staat ist. Ihr Staat kann aber nicht etwa ein politisch autoritativer Staat sein, sondern ist ein parlamentarischer, ökonomischer Sozialstaat. An einem anderen politischen Status haben sie kein Interesse. Sagt doch ihre größte Autorität Marx, daß die politische, rechtliche, ethische Entwicklung auf der ökonomischen beruht. Die heutige parlamentarische Demokratie ist der erste Schritt zum sozialistischen Idealstaat, der politisch in der Diktatur des Proletariats siegt. Diese materialistische Geschichtsauffassung bringt aus ihrer Eigenart gar keine Einsicht für die Eigenwerte des Nationalen und nationaler Politik auf. Aus einer rein ökonomischen Lehre mußte der Internationalismus erblühen, der den allgemeinen Klassenkampf und den Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder propagierte und mit der Idee des Pazifismus nationale Machtanwendung zu hintertreiben sucht. Aber bei der Sozialdemokratie ist nach 1918 außerdem ein Tatbestand geschichtlich geworden, der ihren ursprünglichen Charakter glatt verneint. Nach der politischen Revolution ließ sie die wirtschaftliche Revolution ausfallen. Sie paktierte mit dem bisherigen Besitzstand. Sie verschob die Arbeiterrevolution und verbürgerlichte. Da sie sich begnügte mit der Entleihung der politischen Theorie des Liberalismus und bürgerlich=evolutionistische Sozialpolitik trieb, wurde sie sich selbst untreu. Das Wort jedes Sozialisten: „Republik das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel“ versandete, erst in den allerletzten Tagen flammt es wieder auf. Im Ganzen ist aus der Sozialdemokratie eine konservative und besitzerhaltende Partei geworden, die nur die alte Phraseologie noch behalten hat.

Ziehen wir das Fazit: Von den Demokraten läßt sich überhaupt nicht mehr reden, es sei, man wolle ihrem ruhmlosen Hingang eine Grabrede halten. Ihr Pseudo=Sozialismus ist ihnen schlecht bekommen. Die Mitte ist erledigt. Die Konservativen mußten in der Wirtschaftspolitik gänzlich versagen. Man erinnere sich nur an Hugenberg's maßlosen Plan der Abwälzung der Reparationslasten. Die Leistungen der konservativen Volkspartei kennt man noch nicht. Die kommunistische Partei ist als intimer Freund Moskaus lediglich destruktiv; die geschickte Drapierung in letzter Stunde als nationaler Kommunismus hat nicht entsprechend den gehegten Erwartungen versagen. Die Sozialdemokratische Partei hat sich in ihrem wirtschaftlich=revolutionären Elan von ehemals gelähmt und auch als staatsbejahende Partei mit ihrer ausschließlich parteimäßigen Finanzpolitik niemandem imponiert. Wo war da der politische Nutznießer der unbefriedigten Massen? Konnte eine Situation günstiger sein für den Aufwuchs

einer national und sozial revolutionären Partei in einem System von lahm sich zankenden Parteien, die teils versagten, teils sich nur in beschränkter, ungenügender Zielsetzung behaupteten? Mußte ihr nicht der Erfolg zufallen, wenn sie ihre Positionen agitatorisch geschickt absteckte und in der allgemeinen Auflösung eine primitiv starke Weltanschauung vertrat? Sie setzte am sozialistischen Schwachpunkt an und hob die wirtschaftsrevolutionären Forderungen, die die Sozialdemokratie fallen gelassen hatte, wieder auf den Schild. Damit scharten sich von links und rechts alle die um sie, für die andere Wirtschaftsbedingungen die Grundlage ihrer Existenz sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der auf breitester Front vor sich gegangene nationalsozialistische Einbruch in die Wählerschaft seinen durchschlagenden Erfolg besonders mit den Forderungen einer gerechtern Wirtschaftsordnung errang. National ausgeprägte Parteien hat das bürgerliche Lager genug, aber keine nationale und sozialrevolutionäre zugleich. Und deshalb, weil er auch eine sozialrevolutionäre Partei ist, richtet sich der Hauptkampf gegen den Sozialismus als den Apostata seiner eigenen Lehre, als den feuerischen Bruder, der seinen ursprünglichen Glauben verleugnet und wiederum als den Erzfeind staatlichen Gedankens. Wenn die deutsche Arbeiterschaft seinerzeit gewillt gewesen wäre, die Absichten Lassalles auf eine national gesinnte Sozialdemokratie weiterzuführen und sie sich von fremden Führelementen freigehalten hätte, so würde sie aus sich selbst den nationalen Sozialismus entwickelt haben, gleich wie in bedingter Weise die Labour Party eine Form des Nationalsozialismus ist —, in der Linie, nicht in den Härten und Schärfen der Methode —, und wie Ähnliches auch bei den verwickelteren Verhältnissen der französischen Sozialdemokratie festzustellen wäre. Heute welch anderes Entwicklungsbild. Eine feindliche Partei überstürzt, mit dem Fiebereifer der Agitation, den radikalsten Mitteln politischer Heße, als bitteren Verfolger, als zweitstärkste Partei auf dem Platz zu sehen, den man ruhig auf dem gepriesenen Evolutionswege selber erreicht hätte, — wie unheimlich rächt sich der geschichtliche Prozeß an der deutschen Sozialdemokratie für das Versäumnis, nicht rechtzeitig staatlich gedacht zu haben!

Der Nationalsozialismus genießt aber weiter den unüberbietbaren Vorteil der Unbelastetheit. Er steht nicht mit einem Fuß in alten Auffassungen und braucht keine Prinzipien zu beugen. Er hat sich nicht mit einem Anhängsel von Sozialpolitik abzuquälen, noch sich mit den Verenkungskünsten einer staatsbejahenden Politik zu schwächen wie die Sozialdemokratie der letzten Jahre. Er hat ein reines Konto und kein Skandal klebt an seinem Namen.

Mit dem doppelten Prinzip eines Staates auf nationaler und sozialer Grundlage gewann er einen gewaltigen Vorsprung vor den andern Parteien. Vollführt ist noch nichts, aber seine Leitung verstand es, den Glauben zu erwecken, daß der Nationalsozialismus der zur Vollführung Berufene sei. Die Agitation, die den Ideenfern fast ganz verdeckte, war die Vorbereitung der Massen zu diesem Glauben. Die 25 Punkte des Programms, das geschlossenste aller Parteien, sind das Skelett seiner Ideen.

III. Agitation und Programm.

Der Nationalsozialismus ist die Partei der ausgebildetsten Agitation. Zahlen sprechen am deutlichsten für das Ausmaß seiner Aktivität. Im Jahre 1928 wurden 20 000 Versammlungen abgehalten, Ende 1929 60 Versammlungen pro Abend. Führende Leute wie Straßer, Göbbels sprechen 200—300mal öffentlich im Laufe eines Jahres. Die Partei legt den höchsten Wert auf mündliche Propaganda, deshalb diese Rekordzahlen, aber auch in ihrer Presse, die in Berlin drei Organe besitzt, hat sie ein ausgezeichnetes Aktionsmittel. Selbst die Sozialisten, die den diszipliniertesten Parteiapparat haben, anerkennen, daß bei den Nationalsozialisten die Organisation, die die notwendige Voraussetzung für wirksame Agitation ist, der ihren ebenbürtig geworden ist. In Wort und Schrift trennen sich zwei Formen der Agitation, die praktisch ununterschieden ist, klar voneinander ab.

Es gibt eine Agitation nur um der Agitation willen, zur Beunruhigung und Anprangerung. Sie ist rein negativer Natur und in Presse und Versammlungen im Übergewicht vertreten. Wer die Art bürgerlicher Polemik gewohnt ist, die vernunftgemäß operiert, wobei nicht zu übersehen ist, daß es auch oft eine vergiftete, scheinbare Sachlichkeit gibt, der ist von der brutalen Sprache, der Spekulation auf Gefühlsregung abgestoßen. Gegenwärtig gibt leider die bloße, oft niedere und gemeine Schimpferei der Partei einen demagogischen Ausdruck. Sie unterliegt damit vollständig der Tendenz der Zeit: das Volk ist in seiner Souveränität beschränkt, aufgewühlt, verarmt, einer kleinen Schicht geht es immer noch glänzend, nicht zum wenigsten den Parlamentariern, die gerade die Volksnot beheben sollten; da sind Unsicherheit, Hunger und die krassen Kontraste der Lebenshaltung ein günstiger Reimboden für die ungeheuerlichsten Verächtigungen. Der Nationalsozialismus hat sich ein Privileg daraus gemacht, die Sündenböcke für das Landeselend zu statuieren. Es ist psychologisch in die Augen springend, daß bei ihm, neben dem Haß gegen Versailles und Sozialdemokratie, in wütenden Schmäh- und Verleumdungsartikeln der Antisemitismus mit galliger Bitterkeit durchbricht. Auf diese Weise kommen die Nationalsozialisten, klug die Lehren der Massenpsychologie benutzend, den Masseninstinkten entgegen und vielleicht könnte man in vereinzelten Fällen von der Abwehr aus „Rassenressentiment“ sprechen, das ein sozialistischer Publizist zusammen mit sozialem Ressentiment in falscher Verallgemeinerung als die Triebfedern des Nationalsozialismus bezeichnet.

Der Nationalsozialismus hat aber auch eine positive Agitation entwickelt, so andersartig von der erstgenannten wie das Licht vom Schatten. Sie ist mit den Parteigrundsätzen verknüpft, erwuchs oft aus Angriffen, wirbt für ihr Programm, begründet und unterbaut es. Schade nur, daß keine bedeutenderen Leistungen vorliegen als die Parteibibel, das Buch von Gottfried Feder „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“, dem deshalb noch eine ganz besondere Bedeutung zukommt, weil Hitler Gottfried Feder auf der Reichskonferenz 1926 die Entscheidung

über alle das Programm betreffenden Fragen übertrug. Vielleicht ist aber dieser Mangel an positiver Agitationsarbeit gerade durch das Agitationsrezept Hitlers erklärlich: „Die Aufgabe der Propaganda ist nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Betonen des einen durch sie zu vertretenden. Sie hat nicht objektiv auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinäer Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen.“ Und weiter: „Propaganda muß immer mehr auf das Gefühl berechnet sein als auf den Verstand.“ Eine Auffassung, die sich auskennt in den Kunstgriffen der Massenbeeinflussung, die aber einer positiven Zukunftsarbeit nicht förderlich ist; Volksredner gedeihen nur in psychisch erhitzter Atmosphäre, aber eine Doktrin verlangt viel klare Verstandesarbeit, wenn ihre Skizze auch tausendfach schon in den Sentiments lag. Aber vielleicht verläßt sich Hitler darauf, daß sich der Ausspruch eines berühmten Soziologen auch für die heutige Ungenauigkeit seiner Bestrebungen bestätigt: „Ein Dogma tritt erst in Kraft, wenn es triumphiert hat. Die vorherige Ungenauigkeit ist eine der Ursachen des Erfolges, weil sie sich so den verschiedensten Umständen anpassen kann.“

Wenn auch die Anpassung des flexibeln Programmes aus den wichtigsten staats- und wirtschaftspolitischen Forderungen, die größtenteils agitatorisch noch nicht verwendbar sind, an die Umstände noch immer stattfindet und eine endgültige Fixierung ausschließt, so haben sich doch tatsächlich einige Programmpunkte durch die Agitation endgültig abgeklärt.

Vor allem die oberste Streitfrage: ist der Nationalsozialismus eigentlich nationaler Sozialismus oder sozialer Nationalismus, was je nachdem von den Deutschnationalen oder den Sozialdemokraten behauptet wird. Ein führender Nationalsozialist, Graf Reventlow, hat noch vor nicht langer Zeit erklärt, daß er Sozialismus und kein „sozial angestrichener Nationalismus“ sei. Aber inzwischen ist die Auseinandersetzung mit der linksrevolutionären Gruppe Straßer erfolgt, der Reventlow nahe stand. Ihr Ausschluß aus der Partei und die in der Folge veröffentlichten Unterredungen Hitler-Straßer leiten zum Schluß, daß die Linkskurve innerhalb der Partei kein gewöhnlicher Sozialismus ist. Der Kampf gegen die Finanzmacht, wobei das produktive Kapital im Gegensatz zum spekulativen anerkannt wird, der Ruf nach Bodenreform, die nach ausdrücklichen Erklärungen Hitlers das Privateigentum nicht berühren, sind eben eigenartige Forderungen, die einen Sozialismus sui generis, nämlich einen Sozialismus zur Stärkung des National-Staatlichen vorstellen. Bezeichnend ist übrigens, daß der Hauptstoß gegen den Kapitalismus, die Brechung der Zins knechtschaft (Art. 11), noch nicht näher erläutert ist.

Zum Schluß sind hier einzuordnen auch die fünf Artikel, die sich mit der Schaffung der neuen Volksgemeinschaft beschäftigen. Sie soll nur deutsche Eigenart umfassen. Juden sind als Bürger ausgeschlossen. Ein Projekt, durch die Verfassung den reinen Volksstaat herzustellen. Dazu gehört der ernst zu nehmende Teil der Agitation, der sich mit den Juden befaßt. Er darf nicht mit dem demagogischen Antisemitismus verwechselt

werden, denn er befundet sich als sachliche, lobenswerte Anstrengung, einen möglichst homogenen, bodengebundenen Begriff des Staatsvolkes zu entwickeln.

Es mögen viele dieser Ideen utopisch erscheinen. Und noch weiß niemand, ob der Nationalsozialismus das verkündete dritte Reich heraufführen wird. Aber es ist unbestreitbar, daß nur auf Grund einer optimalen wirtschaftlichen Gerechtigkeit und der Verwirklichung einer neuen Volksgemeinschaft ein neues Volksbewußtsein und Nationalgefühl zu gewinnen ist. Der Nationalsozialismus muß heute aus der Agitation in ein Stadium treten, wo er eine Frage der politischen Führung wird. Daran wird sich sein Schicksal entscheiden und seine Bedeutung für die Zukunft Deutschlands. Besteht er die Probe, so ist er der Weg der lange erwarteten Politisierung des deutschen Volkes.

Rußland und Europa.

Von Otto Hoegsch, Berlin.*)

Die Fragestellung Rußland und Europa ist so zu verstehen, daß der Ton auf beiden Teilen des Themas zugleich liegt. Nicht nur das Verhältnis Rußlands zu Europa, sondern auch das Problem Rußland wie das Problem Europa sollen für sich zur Darstellung gelangen. Vor allem, wie haben wir die beiden Begriffe zu betrachten? Sind beide Gegensätze? Wir sehen z. B., daß Rußland außerhalb des Völkerbundes steht. Gehört es also überhaupt nicht zu Europa und ist es eine rein asiatische Macht? Oder gehört es trotzdem nur zu Europa und nicht zu Asien? Oder schließlich zu beiden? Gerade mit letzterer Ausflucht hilft man sich gerne über das eigentliche Problem hinweg, indem man Rußland als zu Eurasion gehörig bezeichnet. Es ist aber damit so wenig für die wirkliche Beantwortung der Frage nach der Zugehörigkeit Rußlands gewonnen, wie damit, daß man den Bolschewismus des heutigen Rußland einfach als eine Erfindung der Juden hinstellt.

Rußlands Volk und Staat sind am Rande Europas entstanden und geschaffen durch einen Zweig indogermanischen Volkstums. Daran hat auch die Tatsache nichts zu ändern vermocht, daß dieses Volk jahrhundertlang von Tataren beherrscht wurde. Die geschichtliche Entwicklung des Russentums stellt durchaus ein Teilstück europäischer Geschichte dar. Sie ist nicht dem Wesen, sondern nur dem Grad nach vom Westeuropäertum verschieden. Darum ist auch die Frage, ob das heute in Rußland geltende Staats- und Wirtschaftssystem europäischen oder asiatischen Ursprungs sei, durchaus dahin zu beantworten: europäischen Ursprungs. Wohl spricht

*) Otto Hoegsch hat im Laufe dieses Sommers in Zürich einen Vortrag über diesen Gegenstand gehalten. Das Nachfolgende stellt eine vom Vortragenden überarbeitete, aber in der Form nicht von ihm stammende Wiedergabe dieses Vortrages dar.